

Glauben leben im Staat

Predigt von Dr. Hartmut Spiesecke über Römer 13, 1-7

gehalten am 4. November 2024 in der Landeskirchlichen Gemeinschaft Eben-Ezer in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort.

Blicken wir auf unsere derzeitige Bundesregierung, entsteht ein uneinheitliches Bild. Wir sehen Menschen, die sich mühen. Die Ergebnisse dieser Bemühungen beurteilen viele von uns wahrscheinlich unterschiedlich. Zwar ist die Zufriedenheit mit der Regierung nach aktuellen Umfragen höchst mäßig. Aber wir sind noch nicht am Ende der Wahlperiode angekommen. Mal schauen, was bis zur Wahl noch geschieht und welche Parteien dann die nächste Bundesregierung bilden werden.

Einen erstaunlichen Blick auf das Verhältnis zur Regierung (er nennt sie „Obrigkeit“) schreibt Paulus der Gemeinde in Rom. Wir hören den Anfang aus Kapitel 13:

“Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit außer von Gott; wo aber Obrigkeit ist, ist sie von Gott angeordnet. Darum: Wer sich der Obrigkeit widersetzt, der widerstrebt Gottes Anordnung; die ihr aber widerstreben, werden ihr Urteil empfangen. Denn die Gewalt haben, muss man nicht fürchten wegen guter, sondern wegen böser Werke. Willst du dich aber nicht fürchten vor der Obrigkeit, so tue Gutes, dann wirst du Lob von ihr erhalten. Denn sie ist Gottes Dienerin, dir zugut. Tust du aber Böses, so fürchte dich; denn sie trägt das Schwert nicht umsonst. Sie ist Gottes Dienerin und vollzieht die Strafe an dem, der Böses tut. Darum ist es notwendig, sich unterzuordnen, nicht allein um der Strafe, sondern auch um des Gewissens willen. Deshalb zahlt ihr ja auch Steuer; denn sie sind Gottes Diener, auf diesen Dienst beständig bedacht. So gebt nun jedem, was ihr schuldig seid: Steuer, dem die Steuer gebührt; Zoll, dem der Zoll gebührt; Furcht, dem die Furcht gebührt; Ehre, dem die Ehre gebührt.“

Obrigkeit und Untertanen

Der heutige Predigttext wirft eine Menge Fragen auf. Zunächst werde ich aber die Grundzüge des Textes genauer anschauen. Denn die Hauptaussage dieses Textes ist klar: Paulus bejaht die Obrigkeit. Obrigkeit meint die Träger der staatlichen Macht. Dazu zählen die Führungspersonen des riesigen Römischen Reichs sowie deren Verwaltungseinheiten. Untertanen sind die Regierten. Das betraf vor allem die Bürger Roms und der vielen römischen Provinzen. Paulus war übrigens selbst ein Bürger Roms; das war für Juden eine große Ausnahme. Sklaven waren nicht gemeint, denn die waren nach römischem Recht keine Personen, sondern wie Sachen ohne eigene Rechte. Die Begriffe „Obrigkeit“ und „Untertanen“ bitte ich Euch ein paar Minuten hinzunehmen. Sie entsprechen der Zeit, in der Paulus seinen Brief geschrieben hat.

Ein kurzer Überblick über den Römerbrief zeigt: In den ersten Kapiteln stellt Paulus das grundsätzlich Neue dar, das Jesus in die Welt gebracht hat: Jesus bringt die Versöhnung mit Gott für alle Völker. Zum Volk Gottes zählt nun jeder Mensch, der sich zu Jesus zählt, ganz ohne eigene Leistung. Die Kapitel 9 bis 11 widmet Paulus dem jüdischen Volk: dessen Erwählung

durch Gott bleibt bestehen, und spätestens am Ende aller Tage werden auch die Juden Christus erkennen. Damit ist der wesentliche Kern christlichen Glaubens dargelegt.

In den Kapiteln 12-16 schreibt Paulus der Gemeinde in Rom, was der christliche Glaube für ihren Alltag bedeutet: das Leben als Gottesdienst: „Hasst das Böse, hängt dem Guten an“ (Römer 12,9). „Seid fröhlich in Hoffnung, geduldig in Trübsal, beharrlich im Gebet“ (Römer 12, 12). „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst“ (Römer 13, 9b). Und vieles weitere. Es kommt Paulus darauf an, dass der Glaube an Christus Folgen hat. An ihren Früchten sollen Christen erkennbar sein.

Was Paulus über die Obrigkeit schreibt, spielt in diesem Kontext des Glaubens im Alltag eine Rolle. Einige dieser Sätze passen ganz in das, was Luther „Zwei-Reiche-Lehre“ genannt hatte: Es gibt das weltliche Regiment (also den Staat) und das geistliche Regiment (also das Evangelium). Dem Staat geben wir, was wir ihm schuldig sind: Steuern, Zölle, auch Furcht und Ehre. Paulus beschreibt den Staat als gutes öffentliches Ordnungssystem. Ausgerechnet Paulus, der im Gefängnis gesessen hatte und schließlich von den Römern umgebracht wurde! Aber so weit war es noch nicht, als Paulus diesen Brief schrieb. Manche Theologen vermuten, dass Paulus diesen Absatz aus einer fremden Quelle zitiert hat. Das mag sein, macht die Aussagen aber nicht weniger richtig und wichtig.

Paulus bejaht staatliche Macht und staatliche Obrigkeit als von Gott gewollt. Das befremdet uns Deutsche mit unserer eigenen Geschichte; Juden wird dieser Gedanke damals vielleicht nicht so fremd gewesen sein wie uns. Und dies, obwohl auch die Könige Israels keineswegs vor Weisheit und Gerechtigkeit strotzten. Da waren ziemlich üble Personen dabei, viele schlechte Könige, die Bibel berichtet ausführlich von ihnen. Paulus setzt einen Gedanken, der durchaus plausibel ist: Staatliche Gewalt ist besser als Anarchie, in der die Ausübung des Rechts ausschließlich beim Stärkeren liegt. Das römische Recht bildet deswegen eine wichtige Grundlage auch für unser deutsches Recht. Noch heute lernen Juristen deswegen wenigstens etwas römisches Recht.

In der christlichen Gemeinde in Rom gab es einige widerstrebende Kräfte. Die Judenchristen werden wegen der Vertreibung und Verfolgung der Juden in Rom sicher kritisch über die römische „Obrigkeit“ gedacht haben. Unter ihnen wohl auch solche, die einen Aufstand gegen den römischen Kaiser erwogen haben. Ihnen schreibt Paulus: Kümmert Euch nicht um den römischen Kaiser. Lebt als Staatsbürger und zahlt Eure Steuern – auch wenn sie hoch sind. Ansonsten kümmert Euch um Jesu Gerechtigkeit. Lasst sie unter Euch wachsen. Liebt Euch und tragt die Liebe Jesu weiter. Paulus entwirft in den sieben Versen des heutigen Predigttextes keine Staatslehre und auch keine Gesetzessystematik. Er sagt schlicht: Fügt Euch in die staatliche Ordnung ein und lebt in der Nachfolge Jesu. Kämpft keinen falschen Kampf gegen den Staat, sondern nutzt Eure Gedanken und Eure Kraft, um Euren Glauben zu leben.

Fragen – und Paulus' Antworten

Natürlich wirft dieser Text jede Menge Fragen auf, und zwar ziemlich schwierige. Die Predigten, die ich über diesen Text gelesen habe, gehen alle mehr oder weniger davon aus, dass Paulus in dieser Hinsicht „veraltet“ ist. Das denke ich nicht. Ich will einige Antworten im Sinne von Paulus versuchen, so wie ich ihn verstehe.

Kann Paulus es Ernst meinen mit den Untertanen und der Obrigkeit? Schließlich ist er einige Jahre nach dem Brief an die Römer dort ins Gefängnis gesteckt und umgebracht worden.

Ja, ich denke, Paulus meint das Ernst. Aber nicht im Sinn blinden Gehorsams gegenüber der Obrigkeit. Der Text ist keine Theorie des Staatsrechts, sondern eine Lebensanweisung. Und die meint: Lebe Deinen Glauben und füge Dich so in das Leben des Staates ein.

Passen Obrigkeit und Untertanen überhaupt zum Konzept der Demokratie?

Die Begriffe sind alt und ungebräuchlich. Wir denken heute aktiver von Staatsbürgern, die die Demokratie gestalten und regelmäßig ihre Regierung wählen oder abwählen. Paulus meint aber: Zettelle keine Revolution an, sondern lebe Deinen Glauben in gewinnender Gemeinschaft. Ich verstehe das auch als eine Vorprägung des späteren staatlichen Machtmonopols: Christen sollen Liebe üben (Römer 12), nur der Staat hat die Pflicht und das Recht, Böses zu strafen.

Kleine Nebenbemerkung: Die meisten Christen könnten politisch aktiver sein! Die Haltung des passiven Konsumierens oder Über-sich-ergehen-Lassens ist unter Frommen unangenehm weit verbreitet. Auch unsere Gemeinde steht in diesem Risiko.

Ist die Regierung (ich nenne sie mal so statt Obrigkeit) auch heute von Gott gewollt und eingesetzt? Und ist sie Gottes Dienerin?

Keine konkrete Regierung kann heute für sich in Anspruch nehmen, dass ihre Entscheidungen und Handlungen von Gott gewollt seien. Aber wir dürfen uns durchaus vorstellen, dass Gott staatliche Ordnung will. Er steht nicht auf der Seite einer Partei, aber er will Ordnung statt Chaos.

Was ist, wenn der Staat Böses tut?

In Extremfällen gibt es für Christen ein Widerstandsrecht, nämlich dann, wenn der Staat aktiv Böses tut oder Christen verfolgt. Dann – und nur dann – ist Widerstand zulässig. Wer das tut, ist seinem Gewissen verantwortlich. Er kann sich dann aber nicht auf staatliche Unterstützung verlassen. Zivilen Ungehorsam muss jeder auf seine eigene Kappe nehmen – und auch mit seinem Gewissen vereinbaren. Bonhoeffer war genau dieses Dilemma bewusst: Ein Attentat auf den Reichskanzler war ein Verstoß gegen Gottes Liebesgebot. Dieser Widerspruch ist unauflösbar.

Mein Freund Hartmut Bärend hat mich in der Vorbereitung wieder einmal auf die Barmer Erklärung verwiesen. Sie entstand 1934. Die Bekennende Kirche musste damals unter anderem ihr Verhältnis zum Staat formulieren, in Abgrenzung zu den Nazi-nahen „Deutschen Christen“. Im fünften Abschnitt der Barmer Erklärung heißt es:

„Fürchtet Gott, ehrt den König. (1. Petrus 2,17)

Die Schrift sagt uns, dass der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an

die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen. Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem Organ des Staates werden.“

Ich fasse das mal ganz kurz in eigenen Worten zusammen: Bis zum Ende der Welt hat der Staat die Aufgabe, für Recht und Frieden zu sorgen. Die Regierung trägt dafür Verantwortung. Der Staat darf seine Macht aber nicht totalitär ausüben. Und die Kirche darf nicht zur untergeordneten Organisation eines totalitären Staates werden. Das haben die frommen Christen in Barmen 1934 kurz nach Hitlers Machtergreifung und kurz vor dem Zweiten Weltkrieg sehr weise gesehen und formuliert. Leider sah die damalige Mehrheit der Christen in Deutschland es anders.

Vor dreißig Jahren war ich selbst acht Jahre lang in politischen Funktionen tätig. An den Schluss dieser Predigt will ich einige Bemerkungen aus der Perspektive eines aktiven Staatsbürgers stellen:

- Aktive politische Mitgestaltung als Demokrat heißt zuerst: Gewählte Politiker verdienen unseren Respekt und unsere kritische Solidarität. Das setzt voraus, dass Themen vor der jeweiligen Entscheidung kontrovers diskutiert werden und Kritik ausdrücklich erwünscht ist, um einen bestmöglichen Kompromiss zu erzielen.
- Entscheidungen staatlicher Organe können in geregelten Verfahren widersprochen und beklagt werden. Eine unabhängige Gerichtsbarkeit (bis hin zum Bundesverfassungsgericht) sichert Bürger bestmöglich auch gegen den Staat.
- Unterordnung unter rechtsstaatliche Verfahren und Entscheidungen ist nicht blind, ist nicht Kadavergehorsam. Aber sie ist in vernünftigem und rechtlichem Rahmen geboten und angemessen, damit unser Gemeinwesen organisatorisch nach innen und nach außen funktioniert.
- Wer denkt, dass Staat und Regierungen in Deutschland besser funktionieren sollten (es gibt eine ganze Reihe von Handlungsfeldern), ist zum Mitmachen aufgerufen. Schade, dass zu wenige engagierte Christen dies tun. Hier sehe ich übrigens eine besondere Schwäche der Evangelikalen und auch unserer Gemeinde: Kritik ohne Mitwirkungsbereitschaft ist Hochmut, über den die Bibel einiges sagt.
- Bei aller Kritik an unserem Staat: Wer Deutschland nicht mehr für eine Demokratie hält, in der man grundsätzlich seine Meinung sagen kann, den beharren Blicke nach Russland, China, Nordkorea, Iran und einige weitere Staaten der Erde, wie Gewaltherrschaft, Unterdrückung und staatliche Verfolgung von Kritikern sich zeigen. Ich bin froh, in diesem Staat geboren worden zu sein und leben zu können.
- Zum Schluss eine vermeintliche Binsenweisheit, die man nicht oft genug sagen und hören kann: Wir dürfen und sollten für unsere Politiker beten.

Und der Friede Gottes, welcher höher ist als alle Vernunft, bewege unsere Herzen und Sinne in Christus Jesus. Amen.